AG 7 Familie, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

1. Zielsetzung für die kommende Legislaturperiode

Wir stellen Familien in den Mittelpunkt, sorgen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, unterstützen Senioren und verteidigen unsere Demokratie.

II. **Zentrale Maßnahmen und konkrete Verabredungen**

Für gutes Aufwachsen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Deutschland werden wir die verpflichtende Teilnahme aller Vierjährigen an einer flächendeckenden, mit den Ländern vereinbarten Diagnostik des **Sprach- und Entwicklungsstands** einführen. Bei ermitteltem Förderbedarf erwarten wir von den Ländern geeignete, verpflichtende Fördermaßnahmen und -konzepte. Dafür führen wir ein **Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG)** ein und lösen das KiTa-Qualitätsgesetz ab. Im Rahmen des QEG werden wir eine zusätzliche Förderung für **Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas** integrieren. Dafür entwickeln wir das Konzept der Sprach-Kitas weiter. Die Startchancen-Kitas werden wir nach den bereits in den Ländern entwickelten Sozialindizes bürokratiearm fördern, insbesondere mit einem Chancenbudget. Eine verlässliche Kinderbetreuung setzt mehr Fachkräfte voraus.Dabei unterstützt der Bund die Länder im Rahmen des Kita-Qualitätsgesetzes bereits jetzt. Wir wollen die duale Ausbildung für Erzieherberufe unter Beibehaltung des anerkannten Qualifikationsrahmens einführen. Die Anwerbunginternationaler Fachkräfte für Kitas wollen wir beschleunigen, vereinfachen und ausweiten.

Kinder brauchen moderne und gut ausgestattete Räume, denn die Basis des Bildungserfolgs wird bereits in Krippen und Kitas gelegt. Das Sondervermögen für **Infrastruktur** soll hier ansetzen und Neubau, Ausbau, Sanierung und Modernisierung (etwa für Inklusion, Arbeitsschutz, Ausstattung, und Digitalisierung) in der frühkindlichen Bildung ermöglichen.

Wir werden die gesetzlichen Fristen beim laufenden Investitionsprogramm zum Ganztagsausbau für Grundschulkinder um zwei Jahre verlängern. Angebote der anerkannten freienTräger der Jugendarbeit sollen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs herangezogen werden können und in ihrer Rolle gestärkt werden.

Wir entwickeln das **Elterngeld** weiter, indem wir mehr Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit, insbesondere mehr Väterbeteiligung in alleiniger Verantwortung setzen. Wir machen so die Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit langfristig gerechter. Das erreichen wir beispielsweise durch erhöhte Lohnersatzraten und veränderte Anzahl und Aufteilung der Bezugsmonate desElterngeldes. Wir wollen die Einkommensgrenze und den Mindest- und Höchstbetrag spürbar anheben. Bei Selbständigen werden wir die Berechnungsgrundlage für das Elterngeld flexibilisieren. Wir stärken die Rechte von

32 Pflegeeltern und führen für sie ein Elterngeld ein. Unser Ziel ist eine konsequente Ende-zu-Ende-
33 Digitalisierung beim Elterngeld.

34 Die **Frühen Hilfen** als wirkungsvolle und zielgenaue Präventionsmaßnahme zur Unterstützung,
35 Begleitung und Beratung von Familien ab der Schwangerschaft stocken wir im Rahmen der
36 Bundesstiftung Frühe Hilfen auf und erproben modellhaft, wie sie auf 4-6-jährige Kinder ausgeweitet
37 werden können.

38 Wir wollen den **Kinderzuschlag** weiterentwickeln und vereinfachen. Dazu werden wir Abbruchkanten
39 vermeiden und Regelungen zur Abschmelzung und Einkommensanrechnung für Familien günstiger
40 gestalten. Der Kinderzuschlag soll Ende-zu-Ende digitalisiert werden. Die dazu notwendigen
41 Regelungen zur Datenübermittlung und Datennutzung werden wir schaffen. In Deutschland ist etwa
42 jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Um eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen,
43 werden wir die Idee weiterverfolgen, Kindern über eine **Teilhabe-App** einen unbürokratischen Zugang
44 zu besonderen schulischen, Sport-, Musik-, Kultur und Freizeitangeboten zu ermöglichen. Wir wollen
45 ein übergreifendes **digitales Portal für alle Familienleistungen,** damit Familien einfach und
46 unbürokratisch erfahren, welche Leistungen ihnen konkret zustehen und wie sie diese bekommen. Wir
47 werden dabei die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz nutzen, um Familien hilfreiche digitale Services
48 bereit zu stellen.

49 Um Alleinerziehende und deren Kinder besser zu unterstützen, werden wir das Kindergeld nur hälftig
50 auf den Unterhaltsvorschuss anrechnen. Wir arbeiten an einer höheren Rückgriffs-Quote.

51 Wir wollen sicherstellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt sicher bewegen können.
52 Dazu werden wir eine Expertenkommission einsetzen, um eine **Strategie „Kinder- und Jugendschutz**
53 in **der digitalen Welt"** zu erarbeiten und die Umsetzung ressort- und ebenenübergreifend zu begleiten.
54 Insbesondere Eltern sollen durch gezielte Wissensvermittlung gestärkt werden. Plattformbetreiber und
55 Anbieter werden wir in die Pflicht nehmen, den digitalen Kinder- und Jugendschutz wirksam
56 umzusetzen. Wir setzen uns für verpflichtende Altersverifikationen und sichere Voreinstellungen für
57 Kinder und Jugendliche bei digitalen Endgeräten und Angeboten ein.

58 Den **Fonds Sexueller Missbrauch** und das damit verbundene Ergänzende Hilfesystem führen wir unter
59 Beteiligung des Betroffenenrats fort. Wir begleiten eng die Umsetzung des **UBSKM-Gesetzes** in
60 Zusammenarbeit mit Ländern, Trägern und Einrichtungen, insbesondere im Hinblick auf das
61 Akteneinsichtsrecht und die Pflicht der Institutionen zur Aufarbeitung und Umsetzung von
62 Schutzkonzepten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch gewerbliche und gemeinnützige
63 Anbieter außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe Schutzkonzepte entwickeln und umsetzen. Wir werden
64 eine Bundesförderung von **Childhood-Häusern** etablieren. Damit werden regionale, interdisziplinäre

65 und ambulante Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche geschaffen, die körperliche Gewalt oder
66 sexuellen Missbrauch erfahren haben.

67 Wir stärken den **Kinder- und Jugendschutz.** Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir weiter
68 verbessern.

69 Wir werden den **Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln.** Den Kinder- und Jugendplan
70 als zentrales Finanzierungsinstrument für die Kinder- und Jugendarbeit wollen wir in einem ersten
71 Schritt um 10 % besser ausstatten und anschließend die Finanzierung dynamisieren. Wir veranstalten
72 einen nationalen Kinder- und Jugendgipfel, um jungen Menschen Gelegenheit zu geben, ihre Anliegen
73 zu artikulieren, mit Politikern zu diskutieren und Schwerpunkte für künftige Kinder- und Jugendpolitik
74 vorzuschlagen. Orte der Jugendarbeit, Jugendfreizeit- und außerschulische
75 Jugendbildungseinrichtungen, Familienzentren oder andere Einrichtungen der Familienbildung sollen
76 ebenso vor Ort vom **Bildungs- und Betreuungssondervermögen** profitieren.

77 Wir entwickeln eine **Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen"** mit den Schwerpunkten
78 Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen, insbesondere durch Aufklärung und
79 niedrigschwellige Beratung von Eltern sowie Fortbildung von Pädagogen und Fachkräften. Unser Ziel
80 ist es, die Bereiche Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit besser miteinander zu verzahnen.
81 Experimentierklauseln ermöglichen wir.

82 Das Ziel der **inklusiven Kinder- und Jugendhilfe** durch Reduzierung der Schnittstellen soll weiterverfolgt
83 werden, um den betroffenen Familien den Zugang zu Leistungen zu erleichtern und die Behörden zu
84 entlasten. Wir werden zeitnah beginnen, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unter Einbeziehung
85 des umfangreichen Beteiligungsprozesses eine für sie umsetzbare Lösung zu erarbeiten.

86 Wir unterstützen die Aufarbeitung der Misshandlungen von Kindern bei Kuraufenthalten zwischen
87 1950 und 1990 durch die "Initiative **Verschickungskinder".**

88 Um Gleichstellung schneller zu erreichen, führen wir die **ressortübergreifende**
89 **Gleichstellungsstrategie** weiter. Wir möchten die interministerielle Zusammenarbeit der
90 Bundesregierung optimieren. Die Bundesstiftung Gleichstellung ist für uns eine wichtige Säule.
91 Gleichstellungspolitische Akteure werden wir weiterhin unterstützen. Frauen sind in der Politik,
92 insbesondere auf kommunaler Ebene, immer noch unterrepräsentiert. Deswegen verstetigen wir den
93 Helene-Weber-Preis.

94 Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Wirtschaft, Wissenschaft,
95 Kultur und Medien, in Politik und Parlamenten. Das **Führungspositionengesetz** hat zu messbaren

96 Verbesserungen geführt. An diese Entwicklung knüpfen wir an. Der Bund muss weiter mit gutem
97 Beispiel voran gehen. Dort wo Unterrepräsentanz herrscht, bessern wir nach. Dazu soll Führung in
98 Teilzeit in der Bundesverwaltung weiter ausgebaut werden. Um den Anteil von Frauen in
99 Führungspositionen von Bundesunternehmen weiter zu erhöhen, werden wir weitere gesetzliche
100 Schritte prüfen. Wir werden sicherstellen, dass Verstöße gegen die Vorgaben zu Zielgrößen - sei es
101 durch das Fehlen von Zielgrößen oder Fristen oder durch unzureichende Begründungen bei einer
102 Zielgröße von Null - künftig konsequent und spürbar sanktioniert werden.

103 Das **Müttergenesungswerk** wollen wir langfristig absichern und mit Mitteln aus dem Sondervermögen
104 Infrastruktur den Ausbau, Neubau und Sanierung von Mutter-Kind-Kliniken unterstützen.

105 Wir wollen einen **Mutterschutz für Selbständige** analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte
106 einführen. Dafür prüfen wir zeitnah umlagefinanzierte und andere geeignet Finanzierungsmodelle.
107 Darüber hinaus entwickeln wir gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft Konzepte für die
108 Absicherung der betroffenen Betriebe. Wir werden eine Aufklärungskampagne zum Mutterschutz
109 umsetzen.

110 Wir wollen Frauen, die ungewollt schwanger werden, in dieser sensiblen Lage umfassend unterstützen,
111 um auch das ungeborene Leben bestmöglich zu schützen. Sie sollendie notwendige Beratung und Hilfe
112 bekommen, um eine selbstbestimmte Entscheidung treffen zu können. Dort, wo die Hilfsangebote
113 nicht ausreichen, wollen wir Verbesserungen anstoßen. Auch die **Versorgungslage bei**
114 **Schwangerschaftsabbrüchen** werden wir kurzfristig auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen
115 verbessern. Wir bauen Angebote für medizinische Weiter- und Fortbildung im Bereich
116 Schwangerschaftsabbrüche aus.

117 Für uns gehört der **Zugang zu Verhütungsmitteln** zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung,
118 deswegen prüfen wir die Möglichkeit einer solidarisch finanzierten Abgabe von Verhütungsmitteln für
119 Frauen und Männer. Zudem wollen wir Forschung und Entwicklungvon Verhütungsmitteln für Männer
120 unterstützen. Wir werden auch weiterhin **ungewollt kinderlose Paare** unterstützen und die
121 Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit" fortführen und ausbauen.

122 Gewaltfreiheit ist ein Menschenrecht. In Umsetzung der Istanbul-Konvention und der EU-
123 Gewaltschutzrichtlinie begleiten wir eng die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und entwickeln die
124 **Gewaltschutzstrategie des Bundes zu einem Nationalen Aktionsplan** fort. Wir ergreifen weitere
125 Schutzmaßnahmen für betroffene Frauen: Die Präventions-, Aufklärungs- und Täterarbeit verstärken
126 wir und stärken die Koordinierungsstelle Geschlechtsspezifische Gewalt in ihrer Arbeit. Die anonyme

127 Spurensicherung soll es Betroffenen ermöglichen, dass Spuren ohne Strafanzeige gesichert werden
128 können.

129 **Seniorenpolitik** ist für uns eine Querschnittsaufgabe. In einer Zeit tiefgreifenden Wandels bringen
130 ältere Menschen wichtige Ressourcen ein, um eine für alle lebenswerte Zukunft mitzugestalten. Wir
131 werden die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen stärken und digitale Teilhabebarrieren
132 durch Unterstützungsprogramme wie den „Digitalpakt Alter" weiter abbauen. Altersdiskriminierung
133 wirken wir entgegen. Dazu gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen sowie altersfreundliche
134 Arbeitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutreten. Die
135 Mehrgenerationenhäuser werden wir als wichtige generationenübergreifende Begegnungsorte weiter
136 fördern. Um Wohnorte für gutes Altern zu schaffen, fördern wir modellhaft die Entwicklung innovativer
137 und beispielgebender Konzepte für generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnformen.

138 Die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen wollen wir verbessern. Hierzu
139 werden wir die gesetzlichen Regelungen anpassen und die **Nationale Demenzstrategie** fortführen.

140 Wir streben an, das **Pflegezeitgesetz** und das **Familienpflegezeitgesetz** zusammenzuführen, die
141 Freistellungsansprüche flexibler zu machen und den Kreis der Angehörigen zu erweitern. Wir prüfen,
142 wie perspektivisch ein Familienpflegegeld eingeführt werden kann.

143 Vor dem Hintergrund unserer Geschichte sind wir stolz auf die demokratischen Institutionen und
144 Aushandlungsprozesse in unserem Land. Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens und müssen
145 von früher Kindheit an erlernt werden.

146 Mit Sorge sehen wir das Erstarken des Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als
147 Angriffe auf unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf das friedliche und respektvolle
148 Miteinander. Wir sind überzeugt, dass wir verstärkt in die **Wehrhaftigkeit unserer Demokratie**
149 investieren müssen. Wir unterstreichen die Bedeutung gemeinnütziger Organisationen, engagierter
150 Vereine und zivilgesellsthaftlicher Akteure als zentrale Säulen unserer Gesellschaft. Die Unterstützung
151 von Projekten zur demokratischen Teilhabe durch das Bundesprogramm **„Demokratie leben!"** setzen
152 wir fort. Wir werden eineunabhängige Überprüfung dieses Programms in Bezug auf Zielerreichung und
153 Wirkung veranlassen. Auf Basis der Ergebnisse prüfen wir weitere Maßnahmen für rechtssichere,
154 altersunabhängige Arbeit gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir
155 stellen weiterhin die Verfassungstreue geförderter Projekte sicher.

156 Die Arbeit der **Antidiskriminierungsstelle** wird fortgesetzt. Wir werden den Nationalen Aktionsplan
157 gegen Rassismus neu auflegen, aufbauend auf einer zeitgemäßen Rassismusdefinition, die
158 insbesondere die Bekämpfung von strukturellem und institutionellem Rassismus adressiert.

159 Wir stärken die **Freiwilligendienste,** stellen die überjährige Finanzierung sicher und bauen die
160 Strukturen und Plätze sukzessive aus. Wir wollen einen Freiwilligendienst Bevölkerungsschutz
161 implementieren, in den wir Modellprojekte des freiwilligen Handwerksjahres gemeinsam mit den
162 Handwerkskammern integrieren. Wir wollen es Jugendlichen ermöglichen, sich unabhängig vom
163 Geldbeutel der Eltern für einen Freiwilligendienst zu entscheiden. Wir wollen die **Wohlfahrtsverbände**
164 bedarfsgerecht ausstatten.

165 Die **Einsamkeitsstrategie** werden wir weiter fortschreiben und die Arbeit bestehender Netzwerke
166 unterstützen. Wir werden die Datenerhebung und Forschung zum Thema Einsamkeit insbesondere im
167 Bereich der Kinder und Jugendlichen verbessern, um zielgenaue Maßnahmen zur Bekämpfung der
168 zunehmenden Einsamkeit vom Kindesalter bis zu den Senioren zu entwickeln.

III. Offene Punkte - keine Priorisierung

- **Kostenloses Mittagessen**

  SPD: [Wir wollen die flächendeckende Einführung einer beitragsfreien, bioregionalen und klimafreundlichen Schul- und Kitaverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Ziel muss es sein, Familien zu entlasten, Chancengleichheit zu schaffen, die Gesundheit der Kinder zu fördern, regionale Wertschöpfungskreisläufe zu stärken und einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Die regionalen Ernährungsräte leisten hierbei als zentrale Akteurinnen und Akteure mit ihrer Expertise und ihren Netzwerken entscheidende Unterstützung. Bei den Kommunalen Spitzenverbänden schaffen wir eine Servicestelle Ernährung, die die Akteure vernetzt und durch gute Praxisbeispiele Kommunen und Bildungseinrichtungen unterstützt.)

  CDU/CSU: grundsätzliche Ablehnung

- **Familienstartzeit/ Partnerfreistellung nach Geburt**

  SPD: [Wir wollen, dass Familien Kindererziehung, Pflege und Beruf besser vereinbaren können. Wir werden baldmöglichst eine Freistellung für Väter oder Partnerinnen/Partner bei voller, umlagefinanzierter Lohnfortzahlung in den ersten zwei Wochen nach Geburt eines Kindes (Familienstartzeit) einführen. Auch Alleinerziehende sollen eine Person benennen können, die sie unterstützt.]

  CDU/CSU: Ablehnung

- **Prostitution/ Dreisäulenmodell**

  CDU/CSU: [Deutschland ist zu einer Drehscheibe beim Menschenhandel geworden. Die Opfer sind fast ausnahmslos Frauen. Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, insbesondere Zwangsprostitution, müssen wirksamer bekämpft werden. Dazu werden das Nordische Modell

zu einem Dreisäulenmodell für Deutschland entwickeln. Mit Prävention, Repression und Opferschutz werden wir gesetzlich notwendige Maßnahmen ergreifen.]

SPD: grundsätzliche Ablehnung, unter anderem des Dreisäulenmodells

SPD: [Wir bekämpfen Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution und Gewalt gegen Sexarbeiter*innen mit voller Entschlossenheit. Im lichte der Evaluationsergebnisse zum Prostituiertenschutzgesetz werden wir mit Unterstützung einer unabhängigen Expert*innen-Kommission bei Bedarf nachbessern.]

CDU/CSU: Ablehnung des Alternativvorschlags der SPD

- **Werbeverbot für Suchtmittel U18**

  SPD: [Zum Schutz von Jugendlichen werden wir strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen für Energy-Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte auf den Weg bringen.]

  CDU/CSU: Ablehnung

- Selbstbestimmungsgesetz

  Forderung CDU/CSU: Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes in der geltenden Fassung

  SPD: [Verantwortung und Vielfalt gehören für uns zusammen. Wir führen den ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan „Queer leben" für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit der Zivilgesellschaft fort, um die Lebensrealität queerer Menschen und Familien besser zu berücksichtigen. Wir schützen queeres Leben noch besser vor Diskriminierung.]

  CDU/CSU: Ablehnung des Vorschlags; Thema wurde in der AG nicht besprochen.

- **Psychosoziale Zentren**

  SPD: [Auch als Beitrag zu mehr Sicherheit und Integration wollen wir die Psychosozialen Zentren finanziell besser ausstatten, sodass insbesondere traumatisierte Asylbewerber besser behandelt werden können.]

  CDU/CSU: Ablehnung

IV. Bundesrat

Eine Zustimmungspflicht im Bundesrat besteht für die nachfolgenden Maßnahmen:

Vorhaben
Einführung verpflichtende Diagnostik des Sprach- und Entwicklungsstands
Einführung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes (QEG)
Einführung Sondervermögen Infrastruktur frühkindliche Bildung
Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes

Folgende Maßnahmen beteiligen den Bundesrat via Einspruchsgesetz:

Vorhaben
Änderung des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) und des Ganztagsfinanzierungsgesetzes (GaFG)/ Fristverlängerung
Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes - BEEG
Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) (Kinderzuschlag)
Frühe Hilfen/ Änderung des Gesetzes Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
Anpassung Jugendfreiwilligendienstgesetz/ Bundesfreiwilligendienstgesetz
Änderung des Führungspositionengesetzes II (Anpassung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes/ Bundesgleichste11ungsgesetzes)
Investitionsprogramm Müttergenesungswerk
Ggfs. Einführung eines Demenzteilhabegesetz

V. Finanzwirksame Maßnahmen

Die vorgeschlagenen Maßnahmen lösen finanzwirksame Mehrkosten von insgesamt 3.937 Mio. Euro (nach oben hin offen) im Jahr 2026, ohne Sondervermögen aus. Im Einzelnen:

In Mio. Euro				
Maßnahmen 1	**12025**	12026	**12027**	**12028**

	Zusätzlich: Einschätzung: Haushaltswirksam oder Finanzierung über anderen Weg Konsolidierungsmaßnahm en				
Anpassung Unterhaltsvorschuss			600	600	600
Infrastruktur KITA	Sondervermögen		4.000	4.000	4.000
Einrichtungen Familienzentren; Jugendfreizeiteinrichtungen, andere Einrichtungen der Familienbildung	Sondervermögen		1.000	1.000	1.000
Frühkindliche Bildung/ Diagnostik/ Einführung eines QEG (Sprachförderung, Startchancen-KITASund Sprach-KITAS)			2.000	4.000	4.000
Frühe Hilfen			50	50	50
Fonds sexueller Kindesmissbrauch			50	50	50
Müttergenesungswerke	Sondervermögen		50	50	50
Seniorenpolitik			1	1	1
Freiwilligendienste			50	50	50
Bundesförderung Childhood-Häuser			50	50	50
Ungewollt Kinderlose			5	5	5
KJP			24	29	34
Freie Wohlfahrtspflege			7	7	7
Elterngeld					

Mindestbetrag (auf 400 Euro)			Keine gesicherten Zahlen vorliegen	Keine gesicherten Zahlen vorliegen	Keine gesicherten Zahlen vorliegen
Mindestbetrag (auf 500 Euro)			400 bis 450	400 bis 450	400 bis 450
Alt. 1.1 Höchstbetrag (auf 2.000 Euro)			350 bis 400	350 bis 400	350 bis 400
Alt. 1.2 Höchstbetrag (auf 2.200 Euro)			650	650	650
Rücknahme Kappung (Anhebung Einkommensgrenze auf 300.000 Euro)			250 bis 350	250 bis 350	250 bis 350
Elterngeld für Pflegeeltern					
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Volles Elterngeld/ bei Höchstbetrag bis zu 1.800 Euro, 2.000 Euro, 2.200 Euro, 2.400 Euro)			ca. 50	ca. SO	ca. 50
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 300 Euro)			20	20	20
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 400 Euro)			28	28	28
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 500 Euro)			35	35	35
Gesamt ohne Sondervermögen (bei			3.937 (nach	5.942 (nach	5.947 (nach

Elterngeld Variante 1.1 sowie Pflegeeltern volles Elterngeld)			oben offen)	oben offen)	oben offen)
Gesamt mit Sondervermögen (bei Elterngeld Variante 1.1 und 2.1 sowie Pflegeeltern Variante Mindestbetrag 300 Euro)			8.987	10.992	10.997
strittig					
Kostenloses Mittagessen ohne Investitionskosten (Kita/ Schule bis 10. Klasse; ohne BuT)			11.000	11.000	11.000
Psychosoziale Zentren			20	20	20

VI. Schnittstellen und Widersprüche zu anderen Arbeitsgruppen

- AG Nr. 4 Kinderzuschlag [Sondierungspapier Zusammenführung Kinderzuschlag und Wohngeld]
- AG Nr. 3/ Nr. 14 Altersverifikation soziale Medien [Unterschiedliche Auffassung Thema Verpflichtung]
- AG Nr. 8 Frühkindliche Bildung/ Ganztagsbetreuung [Überschneidung Thema]
- AG Nr. 1 Gewaltschutz/Nationaler Aktionsplan
- AG Nr. 17 Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie
- AG Nr. 8/ Nr. 3 Ressortübergreifende Umsetzung Strategie Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt
- AG Nr.1/ Nr. 17 Bundesgleichstellungsgesetz
- AG Nr. 6 Mentale Gesundheit Kinder und Jugendliche
- AG Nr. 1 Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus/ Antidiskriminierungsstelle
- AG Nr. 1 und AG Nr. 6 Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen
- AG Nr. 6 Ausbau medizinische Weiter- und Fortbildung im Bereich Schwangerschaftsabbrüche